



Bericht über die Tagung „Der Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in Mitteleuropa“ am 22. Oktober 2014

Erster Teil – Verlauf der Tagung

Zur Eröffnung der Tagung begrüßte Herr Prof. Dr. Andras Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest, die Teilnehmer der Konferenz und bedankte sich für die Arbeit der Vorbereitung des Symposiums bei dessen Initiatoren.

Im Anschluss daran ergriff Herr Prof. Dr. Anderheiden, Dekan der Fakultät für vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften, das Wort und begrüßte die Anwesenden und sprach seinen Dank ebenfalls den Veranstaltern der Tagung aus. Des Weiteren wies er auf die historische und aktuelle Bedeutung des deutschen Rechtssystems und Rechtsdenkens in den Staaten Mitteleuropas hin.

Herr Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest, begrüßte zunächst die Konferenzteilnehmer und betonte sowohl den wichtigen Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Entwicklung der grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Kooperation als auch die Unterstützung der Andrassy Universität Budapest seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Panel 1

Zu Beginn des ersten Panels hielt Herr Dr. Gábor Hamza, ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Professor der „Eötvös Loránd“ Universität Budapest einen Vortrag mit dem Titel „Einleitende Bemerkungen zum Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in Mitteleuropa“. Prof. Gábor Hamza bot in seinem Vortrag eine generelle Übersicht über den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in Mitteleuropa. Er befasste sich zunächst mit dem Begriff von Mitteleuropa bzw. Zentraleuropa, wobei die drei Staaten im Baltikum auch als mitteleuropäische Länder bezeichnet wurden. Dann wies er auf den großen Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf die ungarischen Kodifikationsentwürfe im 19. und im 20. Jahrhundert hin.

Der zweite Referent, Herr Dr. Lajos Vékás, ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Professor der „Eötvös Loránd“ Universität Budapest, sprach über den Einfluss des deutschen Privatrechts auf die ungarische privatrechtliche Kodifikation. Er hob den Einfluss des deutschen

Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) sowie des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) auf die ungarischen Gesetzesentwürfe im 19. und im 20. Jahrhundert hervor. Nachher sprach er über das neue ungarische Zivilgesetzbuch, wobei er anhand einiger Beispiele betonte, dass bei der Erstellung dieses Gesetzbuches deutsche Lösungen teilweise mitberücksichtigt, teilweise abgelehnt und teilweise völlig übernommen wurden.

Nach den Vorträgen der Referenten fand eine Diskussion statt.

Panel 2

Dieses Panel eröffnete Herr Dr. Rudolf Welser, Professor der Universität Wien und Leiter der Forschungsstelle für Europäische Rechtsentwicklung und Privatrechtsreform derselben Universität. In seinem Vortrag thematisierte er den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf das österreichische Privatrecht. Er wies mehrmals auf die Verwandtschaft des deutschen und österreichischen Privatrechts hin. Weiterhin betonte er, dass sich das österreichische Privatrecht im Allgemeinen vom deutschen Recht emanzipiert hat. Er betonte die Ähnlichkeiten in der historischen Entwicklung der beiden Rechtssysteme. Zusammenfassend formulierte er die These, dass das deutsche und das österreichische Recht zusammengehören.

Den Vortrag über den Einfluss des deutschen Rechts auf die Rechtsprechung des EuGH hielt Frau Dr. Verica Trstenjak, Professor der Universität Wien. Sie wies zunächst auf die überragende Bedeutung der deutschen Sprache in Europa hin. Dann wurde die Struktur des EuGH analysiert. Sie betonte den bedeutenden Einfluss der Entscheidungen des EuGH auf die Entwicklung des europäischen Rechts.

Dieses Panel wurde ebenfalls mit einer Diskussion abgeschlossen.

Panel 3

Frau Dr. Tatjana Josipovic, Professor der Universität Zagreb hielt einen Vortrag über den Einfluss des deutschen Rechts und Rechtsdenkens im kroatischen Privatrecht. Bekanntermassen wurde die Republik Kroatien 1991 souverän und ist seit Juli 2013 Mitgliedstaat der Europäischen Union. Diese Ereignisse führten zu der bis heute immer noch andauernden Rekodifizierung des Privatrechts. In Kroatien wird die Reform des Privatrechts sowohl durch Änderung früher verabschiedeter Gesetze als auch durch neue Sondergesetze durchgeführt. Die Modelle hierfür sind Österreich, Deutschland und die Schweiz. Da kroatische Juristen häufig deutsche Autoren zitieren, ist ein

indirekter Einfluss des deutschen Rechtsdenkens festzustellen. Im Bereich des Privatrechts ist dieser Einfluss besonders stark spürbar.

Frau Dr. Meliha Povlakic, Professor der Universität Sarajevo hielt ihren Vortrag über den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens im Privatrecht von Bosnien und Herzegowina. Sie betonte, dass es eigentlich schwer sei, über das Rechtsdenken in Bosnien und Herzegowina zu sprechen. „Wir haben das bekommen.“ Damit meinte sie, dass in einigen Rechtsgebieten deutsche Regelungen übernommen wurden. Auch der Einfluss von Österreich ist nicht zu vernachlässigen. Während des Umwandlungsprozesses in den 1990er Jahren begannen der Rechtstransfer und die Rezeption. Bei der Einführung des Notariats wurde die Bundesnotarordnung als Muster benutzt. Auch in Bosnien und Herzegowina wurde das deutsche Konzept der Vormerkung zugrunde gelegt. Im Allgemeinen kann man sagen, dass der Umwandlungsprozess immer noch andauert und der Synergieeffekt und die Angleichung positive Wirkungen haben.

Herr Dr. Christian Alunaru, Universitätsdozent der Westlichen Universität zu Arad sprach über den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens im rumänischen Privatrecht. Er begann seinen Vortrag mit der Verdeutlichung der bedeutenden Unterschiede, welche das Kontinentalrecht und das englische Common Law insbesondere im Bereich der Rechtsbegriffe hätten. Ursprünglich wurde Rumänien im 19. Jahrhundert stark vom französischen Recht beeinflusst, da durch Veranlassung Napoleons III. die entsprechenden Donaufürstentümer 1859 im Gebiet Rumänien entstanden. Andererseits hatten auch das österreichische Recht und das ABGB einen maßgeblichen Einfluss, da in Siebenbürgen das Grundbuch nach ABGB eingeführt wurde und in Moldau das österreichische Recht durch eine Kopie des ABGB verbreitet wurde. Das deutsche Rechtsdenken zeigt erkennbare Wirkungen in dem neuen Zivilgesetzbuch, besonders beim Kaufrecht, das 2011 in Kraft getreten ist.

Panel 4

Dieses Panel begann mit dem Vortrag von Dr. Andrzej Maczynski, Professor der Jagiellonen-Universität Krakau über den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf das polnische Privatrecht. Er wies auf die historische Entwicklung der beiden Rechtssysteme hin. Des Weiteren teilte er die Geschichte des polnischen Rechtes in unterschiedliche Perioden. Er wies auf den großen Einfluss des deutschen Rechts in den von Preußen beherrschten



Teilen des heutigen Polens hin. Er betonte, dass viele namhafte polnische Rechtswissenschaftler an verschiedenen Universitäten Deutschlands ausgebildet wurden. Im letzten Teil seines Vortrages verwies er auf den Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf die Entwicklung des internationalen Privatrechts.

Den letzten Vortrag der Tagung hielt Herr Dr. József Szalma, Professor der Universität Novi Sad (Újvidék, auf Deutsch: Neusatz) über den Einfluss der Willens- und Erklärungstheorie auf das serbische Privatrecht. Das serbische Privatrecht wurde durch deutsches, schweizerisches und österreichisches Rechtsdenken beeinflusst. Er betonte, dass der größte Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in der Wojwodina (auf Ungarisch: Vajdaság), einem Teil Serbiens, welcher zu Österreich-Ungarn bzw. zu Ungarn gehörte, zu erkennen ist.

Die Tagung wurde mit einer Diskussion des vierten Panels abgeschlossen.

Zweiter Teil – Zusammenfassung der Vorträge der Referenten

Dr. Christian Alunaru
Universitätsdozent
Universität „Vasile Goldiș“, Arad

Der Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf das rumänische Privatrecht

Die Bedeutung und Aktualität dieses Themas in einer Zeit in welcher der Einfluss des anglo-amerikanischen Rechtsdenkens im kontinental-europäischen Recht deutlich zu spüren ist, wurde während des von der Nationalen Rechtsanwaltskammer Rumäniens zusammen mit dem Deutschen Anwaltsverein in Bukarest veranstalteten Symposiums „Law made in Germany“ (am 9. September 2014) hervorgehoben.

Traditionsgemäß ist das rumänische Privatrecht vom französischen Rechtsdenken beeinflusst, weil das erste rumänische Zivilgesetzbuch (in Kraft zwischen dem 1. Dezember 1865 und dem 1. Oktober 2011) trotz anderer Quellen die verwendet wurden, eine fast getreue Nachahmung des *Code Napoléon* war. Die Grundsätze dieses Systems, wie zB der *Konsensualgrundsatz* (Übertragung des Eigentumsrechts durch einfache formfreie Willensübereinstimmung) widersprachen den Grundsätzen des deutschen Rechts, wie zB dem *Trennungsprinzip* (der systematischen Trennung zwischen dem Verpflichtungsgeschäft und der dinglichen Rechtsänderung), wie auch dem Grundsatz der *Abstraktheit* der dinglichen Rechtsgeschäfte (Abstraktionsprinzip). Unter diesen Umständen scheint die Erforschung des Einflusses des deutschen Rechtsdenkens als eine unmögliche Aufgabe.

Trotzdem findet man schon zur Zeit des alten ZGB deutliche Einflüsse des deutschen Rechtsdenkens. In den einstigen österreichischen Provinzen wurde selbst nach der Vereinigung mit dem Königreich Rumänien das Grundbuchsystem mit seinem *Intabulationsprinzip*, dem französischen Grundsatz des *Konsensualismus* zuwider behalten, da die rumänische Regierung die Überlegenheit dieses Publizitätssystems dem französischen System mit seinen Registern zur Eintragung und Bekanntmachung der Grundstücksgeschäfte (*registre d'inscription et de transcription*) gegenüber, zugeben musste. Das bedeutete ein System des Grundstückserwerbs das

näher dem deutschen als dem französischen System war, wie auch die Einführung von Sondervorschriften zB im Bereich der Ersitzung die den Grundsätzen des deutschen Rechtsdenkens entsprechen sollen. In diesen Provinzen wurde sogar das österreichische materielle Recht, das ABGB, noch 25 Jahre nach der Vereinigung mit dem Königreich Rumänien, weiter in Kraft behalten.

In der Moldau, die nie unter österreichischer Oberhoheit gewesen ist, war ein halbes Jahrhundert lang (zwischen 1817 und 1865) ein Gesetzbuch in Kraft, der *Codex Callimachi*, der als ein getreues Abbild des österreichischen ABGB galt („une copie fidèle du code autrichien“) wie der griechische Professor *Triantaphyllopoulos* in seinem Aufsatz „*Sur les sources du code Callimaque*“ behauptet hat). Die Erklärung dazu ist, dass der wahre Verfasser dieses Gesetzbuches der wichtigste und gebildeteste Mitarbeiter des Fürsten, der Rechtsprofessor *Christian Flechtenmacher* war, ein Siebenbürger Sachse aus Kronstadt (Brasov) der seinen Dokortitel in Wien – als Student Franz von Zeillers – erworben hatte und so den Kommentar seines Meisters, dem Verfasser des ABGB, verwendet hat.

Das neue rumänische ZGB (in Kraft getreten am 1. Oktober 2011) ist keine Kopie des französischen Zivilgesetzbuchs mehr. Zwischen den von den Verfassern des Gesetzbuchs verwendeten zahlreichen Quellen wird auch das deutsche BGB zitiert. Die Autoren erklären nicht, worin der Einfluss des deutschen Rechtsdenkens besteht. Es erscheinen aber neue Begriffe, die bisher im französisch beeinflussten rumänischen Recht unbekannt waren. Zum ersten Mal erscheinen die Begriffe „Grundbuch“ und „Intabulationsprinzip“ im ZGB. Dann wurden die Risikoübertragung zum Zeitpunkt der Übergabe der Sache, der Eigentumsvorbehalt, der Kaufvertrag als Verpflichtungsgeschäft, und andere Begriffe die aus dem deutschen Recht stammen, geregelt. Diese neuen Vorschriften bedeuten eine Abweichung vom französischen Recht und bringen das neue rumänische Zivilrecht dem deutschen Recht näher.



Dr. Gábor Hamza
Universitätsprofessor
ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
„Eötvös Loránd“ Tudományegyetem Budapest

Einleitende Bemerkungen zum Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in Mitteleuropa

Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Privatrechts, des *ius commune (privatum) Europaeum*, stellt für die nächsten Jahrzehnte eine der wichtigsten Herausforderungen für das zusammenwachsende Europa dar. Voraussetzung dafür ist die gründliche Aufarbeitung und Darstellung der gemeinsamen historischen Wurzeln der Privatrechtsordnungen der Reformstaaten Europas, wobei die deutsche Privatrechtswissenschaft eine zentrale Rolle spielt. Während dieser Tagung wird das Fortleben und die breitgefächerte Wirkungsgeschichte der Tradition des deutschen Pandektenrechts untersucht. Der Grund hierfür liegt einerseits darin, dass diese Tradition einer der Grundpfeiler der europäischen juristischen Identität ist. Andererseits hat die Pandektistik bei der Darstellung der universalen Privatrechtsgeschichte den wohl größten Einfluß.

Die Tradition des Pandektenrechts ermöglicht es, auch die Privatrechtsordnungen der Reformstaaten Europas aus einem gemeinsamen Blickwinkel heraus zu betrachten. Mit der Verwendung des römischen Rechts als ständigem Bezugspunkt ist auch dem Erfordernis nach Kontinuität Genüge getan, die ein wesentliches Element einer jeden Rechtsordnung sein sollte. Selbstverständlich lässt sich kein vollständiges Bild über die verschiedenen Privatrechtsordnungen ohne die Kenntnis der gemeinsamen europäischen juristischen Traditionen gewinnen. Das Außerachtlassen der im römischen Recht wurzelnden Tradition des Pandektenrechts hat unter anderem zur Anerkennung der eigenständigen Familie des „sozialistischen“ Rechts geführt. Im Zuge der Beseitigung der politischen Polarisierung Europas im Laufe der letzten Jahrzehnte erwies sich diese Ansicht eindeutig als überholt.

Die mitteleuropäischen Privatrechtsordnungen sind entscheidend von den deutschen privatrechtlichen Traditionen geprägt. Durch die Jahrhunderte dauernde Einflussnahme des deutschen Privatrechts und der

Privatrechtswissenschaft existieren auch heute starke Beziehungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Die Kodifikation bzw. Neukodifikation des Privatrechts (Zivilrechts), die in den meisten Reformstaaten von Zentral- und Osteuropa im Gange ist, spiegelt eindeutig den massgebenden Einfluss der deutschen Privatrechtswissenschaft wider. Dieser Einfluss sollte aber in Anbetracht der Ergebnisse der neueren Forschungen mit Nachdruck betont werden. Dies wäre auch vom Standpunkt der Rechtsvereinheitlichung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

In den meisten Ländern von Mitteleuropa vermochten die tiefgreifenden politischen, sozialen und ökonomischen Umwandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg die jahrhundertelangen rechtlichen Traditionen, die sich bewährten, nicht vollkommen in den Hintergrund zu drängen. Die Gesetzeswerke (vor allem der französische *Code civil*, das deutsche *Bürgerliche Gesetzbuch*, das österreichische *Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch*, das Bürgerliche Gesetzbuch für das Königreich Sachsen vom Jahre 1863, der italienische *Codice civile* vom Jahre 1865, das *Schweizerische Obligationenrecht* vom Jahre 1881 und das *Schweizerische Zivilgesetzbuch* vom Jahre 1907) haben entscheidend die zivilrechtliche Kodifikation der zentral- und osteuropäischen Länder beeinflusst. Das österreichische ABGB, in der Form des (West-)Galizischen Gesetzbuches (Bürgerliches Gesetzbuch für Westgalizien) vom Jahre 1797, wurde schlechthin auf polnischem Gebiet zwei Jahre nach der im Jahre 1795 erfolgten dritten Teilung Polens, das als jüngstes Kronland an Österreich gefallen war, im Jahre 1797 in Kraft gesetzt. Das Westgalizische Gesetzbuch erlangte auch in Ostgalizien und in der Bukowina, die im Jahre 1775 an Österreich angegliedert wurde, noch in demselben Jahre – erst aber einige Monate später – Geltung. Das Galizische Gesetzbuch war das *erste moderne* vollständige privatrechtliche Gesetzgebungswerk (sieben Jahre vor dem französischen *Code civil*). Gleichermäßen verhielt es sich mit dem französischen *Code de commerce* (1807), dem *Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch* (1861), dem deutschen *Handelsgesetzbuch* (1897) und dem italienischen *Codice di commercio* (1882). Am Anfang des 19. Jahrhunderts wollte selbst Rußland den *Code civil des Français* (ab 1807 *Code Napoléon*) und den französischen *Code de commerce* als Grundlage seiner geplanten zivil- bzw. handelsrechtlichen Kodifikation einführen. Dies blieb jedoch auch mehrfachen – teilweise politischen – Gründen aus.

Selbst in Ungarn, wo erst im Jahre 1959 das Zivilgesetzbuch sozialistischer Prägung verabschiedet wurde – das Zivilgesetzbuch wurde am 1. Mai 1960 in Kraft gesetzt und stellte das *erste* Zivilgesetzbuch in Ungarn dar –, haben die



westeuropäischen Gesetzbücher großen Einfluss auf die Zivilgesetzbuchentwürfe ausgeübt, wobei das revidierte schweizerische Obligationenrecht – im Falle des ungarischen Zivilgesetzbuchentwurfes vom Jahre 1928 (*Magánjogi Törvénykönyvjavaslat*, abgekürzt: *Mtj*) – besonders große Rolle spielte.

Mit dem Fortleben bzw. Fortwirken der westeuropäischen rechtlichen Traditionen erklärt sich die relativ leichte Rückkehr zu den gemeineuropäischen juristischen Traditionen in der Mehrheit der zentral- und osteuropäischen Länder. In letzter Zeit kann man im Wesentlichen zwei Haupttendenzen wahrnehmen: Einerseits hält man an Gesetzen, die nach der kommunistischen („sozialistischen“) Periode formell oder stillschweigend außer Kraft gesetzt wurden, fest. Gutes Beispiel hierfür ist Polen, wo man das Gesetz über die Schuldverhältnisse vom Jahre 1933 und das Handelsgesetzbuch vom Jahre 1934 wieder, wenigstens teilweise, mit Änderungen – wobei das Zivilgesetzbuch vom Jahre 1964 größtenteils in Kraft blieb – in Kraft gesetzt hat. Erwähnung verdient auch Rumänien, wo man das Zivilgesetzbuch vom Jahre 1864, das übrigens nicht einmal in der kommunistischen Periode formell abgeschafft wurde, mit vielen Abänderungen ihre Geltung behielt. Andererseits tragen die ab Anfang der 90-er Jahre verabschiedeten Gesetze – mit Rücksicht darauf, dass die meisten Länder dieser Region der Europäischen Union beitreten möchten – dem in vielen Bereichen noch in Entstehungsphase befindlichen EG-Recht (Gemeinschaftsrecht) Rechnung.



Dr. Tatjana Josipović
Universitätsprofessor
Universität Zagreb

Der Einfluss des deutschen Rechts und Rechtsdenkens im kroatischen Privatrecht

Die Rekodifizierung des kroatischen Privatrechts, die nach der Verselbstständigung der Republik Kroatien im Jahre 1991 begonnen hat, hatte einige wichtige Ziele: die Reintegration des Privatrechts in den (mittel-) kontinentaleuropäischen Rechtskreis, die Anpassung an die Marktwirtschaft, die Stärkung des Privateigentums, der unternehmerischen Freiheit, der Marktfreiheit und letztendlich die Angleichung an das *acquis communautaire*. Das bedeutendste Merkmal dieser Rekodifizierung war die schrittweise Reform des Privatrechts. Im Zuge der Reform des Privatrechts wurde weder ein neues Bürgerliches Gesetzbuch noch ein neues Handelsgesetzbuch verabschiedet. Einzelne privatrechtliche Bereiche wurden schrittweise durch besondere Gesetze geregelt. Dabei hatten in der Reform jene Privatrechtsgebiete Vorrang, die für die Entwicklung der Marktwirtschaft als das größte Hindernis galten (Sachenrecht, Arbeitsrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht). Kennzeichnend für die Reform waren einerseits die autonome Entwicklung einzelner privatrechtlichen Bereiche, andererseits auch die Übernahme von Modellen sowie die „*legal transplants*“ aus den entwickelten europäischen Rechtssystemen. Sämtliche Bereiche wurden auch mit dem EU-Recht harmonisiert, wobei in den einzelnen Segmenten eine überschießende Angleichung an das EU-Recht zur Erhaltung der Konsistenz des Privatrechtssystems durchgeführt wurde.

Als wichtigste Vorbilder für die Rekodifizierung des kroatischen Privatrechts dienten das österreichische Recht, das deutsche Recht und das Schweizer Recht. Für die Wahl der ausländischen Modelle waren verschiedene Kriterien entscheidend, wie z.B. die Tradition (Wahrung der Kontinuität des bestehenden Privatrechts), die Ziele der Reform, die Bedürfnisse des kroatischen Privatrechts im Wandel, tatsächlich vorhandene Fähigkeit des nationalen Rechtssystems zur Übernahme ausländischer Modelle, der jeweilige Entwicklungsstand der nationalen Rechtsinfrastruktur, der Entwicklungsstand des jeweiligen ausländischen Rechtsmodells, dessen Wirksamkeit in der Praxis

und Anpassung an das EU-Recht, der jeweilige Entwicklungsstand der ausländischen Rechtsprechung und Rechtsliteratur und deren Zugänglichkeit. Aus all diesen Gründen hatten die Rechtsordnungen des mitteleuropäischen/germanischen Rechtskreises unterschiedlichen Einfluss auf die einzelnen privatrechtlichen Segmente, die Struktur der Gesetze, die Rechtsgrundsätze, den Inhalt der Gesetze, die Nomotechnik sowie auch auf das Konzept der Harmonisierung mit dem EU-Recht. Einerseits wurden in die kroatische Gesetzgebung Rechtsinstitute unmittelbar übernommen, die in der ausländischen Gesetzgebung geregelt wurden. Andererseits wurde unter dem Einfluss des ausländischen Rechtsdenkens sowohl die kroatische Rechtsliteratur als auch die kroatische Rechtswissenschaft schrittweise entwickelt, so dass das ausländische Rechtsdenken letztlich auch einen indirekten Einfluss auf die kroatische Gesetzgebung ausgeübt hatte. In das kroatische Privatrechtssystem übernommen wurden Rechtsnormen aus ausländischen Vorschriften, die im Zuge der Entwicklung des Rechtsdenkens in der jeweiligen ausländischen Rechtsordnung entstanden sind/geändert wurden.

Allerdings haben die einzelnen Rechtsordnungen des mitteleuropäischen/germanischen Rechtskreises die Entwicklung des kroatischen Privatrechts nicht in allen Segmenten gleich stark beeinflusst. In einigen privatrechtlichen Bereichen (z.B. Sachenrecht, Zwangsvollstreckungsrecht) übte das österreichische Recht den entscheidenden Einfluss aus, in anderen wiederum das Schweizer Recht (z.B. Schuldrecht, Erbrecht). Interessant ist, dass das deutsche Recht und Rechtsdenken jene privatrechtlichen Bereiche am stärksten beeinflusste, die für die Marktwirtschaft von besonderer Bedeutung sind, wie z.B. die Handelsgesellschaften, der Konkurs, das Eigentum, das Insolvenzrecht. Deutsches Recht der Handelsgesellschaften war das wichtigste Vorbild für das erste kroatische Gesetz über Handelsgesellschaften aus dem Jahre 1993, sowie für alle seine späteren Änderungen und Ergänzungen. Das deutsche Recht diente als Vorbild, wurde jedoch nicht zur Gänze übernommen. Für die Übernahme des deutschen Modells der Regelung der Handelsgesellschaften sprachen u.a. folgende zahlreiche Gründe: umfangreiche und hochentwickelte Regelung der Handelsgesellschaften im deutschen Recht, moderne Lösungen, entwickelte Rechtsprechung und Rechtsliteratur, umfassende Erfahrungen mit der Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften mit dem EU-Recht. Das Ergebnis dieser Herangehensweise ist, dass Kroatien heute eine moderne Regelung der Handelsgesellschaften, unter Zugrundelegung der an die EU-

Rechtsstandards angepassten deutschen Gesetze, der deutschen Rechtsprechung und Rechtsliteratur hat. Gerade deswegen übte auch das deutsche Konkursrecht (Insolvenzordnung/1994) einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des kroatischen Konkursrechts aus. Zahlreiche Institute (z.B. das Insolvenzverfahren, die Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse, die Befriedigung der Insolvenzgläubiger, die Insolvenzanfechtung, das Insolvenzplanverfahren) im kroatischen Konkursgesetz aus dem Jahre 1996 sowie alle seine späteren Änderungen und Ergänzungen wurden nach dem Vorbild des deutschen Konkursrechts geregelt. Im Gesetz über das Eigentum und andere dingliche Rechte aus dem Jahre 1996 wurden nach dem Vorbild des deutschen Rechts auch zahlreiche moderne Lösungen des deutschen Sachenrechts übernommen. Aus dem deutschen BGB wurde das objektive Besitzkonzept einschließlich sämtlicher Klassifizierungen des Besitzes und der Regeln über den Besitzerwerb übernommen (unmittelbarer – mittelbarer Besitz – mehrstufiger mittelbarer Besitz, Eigenbesitz, Besitzdiener, Übertragung des mittelbaren Besitzes durch Abtretung des Anspruchs). Nach dem Vorbild des deutschen Rechts wurde auch der Schutz des Vertrauens im Rechtsverkehr mit Fahrnissen, d.h. der gutgläubige Erwerb dinglicher Rechte (Eigentum, Pfandrecht) an Fahrnissen durch einen Nichtberechtigten geregelt. Übernommen wurden auch einige deutsche Regeln über den Bau auf fremdem Grundstück, d.h. über die Überbau-Errichtung eines Gebäudes über die Grenze. Interessant ist wiederum, dass die deutsche Rechtsdoktrin einen sehr bedeutenden Einfluss auch auf die Auslegung der autonom geregelten sachenrechtlichen Institute in der kroatischen Rechtsliteratur ausübte. So entwickelte sich unter dem Einfluss der deutschen Rechtsdoktrin in der kroatischen Literatur die Interpretation, wonach die im Zwangsvollstreckungsgesetz autonom und sehr spezifisch geregelte Sicherungsübereinung ein nicht akzessorisches sachenrechtliches Sicherungsmittel ist, wobei sämtliche Normen des kroatischen Sachenrechts nach dem Vorbild des österreichischen Rechts lediglich akzessorische sachenrechtliche Sicherheiten regeln.

Die verschiedenen Einflüsse einzelner Rechtsordnungen des mitteleuropäischen/germanischen Rechtskreises auf die spezifischen privatrechtlichen Bereiche führten dazu, dass heute eine Art Koexistenz und Kombination verschiedener Rechtsinstitute aus unterschiedlichen Rechtssystemen des germanischen Rechtskreises besteht. Diese Situation führt zu einer Reihe neuer Fragen über die künftigen Entwicklungsrichtungen des Privatrechts. In der Praxis kommt es immer öfter zu Problemen aufgrund



der Inkonsistenz des kroatischen Privatrechts, der Unterschiede in der Terminologie sowie aufgrund der Unterschiede in der Herangehensweise bei der Auslegung der Rechtsnormen. Wenn es sich um Normen handelt, die „deutsche Quellen“ haben, sind diese Probleme noch stärker ausgeprägt. Vor allem besteht das Problem in der Unkenntnis der Rezeption deutscher Rechtsinstitute, der deutschen Versionen der rezipierten Rechtsinstitute, der Änderungen deutscher Vorschriften, der deutschen Rechtsprechung und Rechtsdoktrin. Letztendlich ist eines der sehr großen Probleme auch die praktische Anwendung dieser hoch entwickelten Rechtsinstitute, die im deutschen Recht eine lange Tradition haben. Wie diese komplexen Rechtsinstitute aus dem deutschen Recht anzuwenden und an die vollkommen unterschiedliche kroatische Rechtsinfrastruktur anzupassen sind, ist in der Praxis häufig problematisch. Es ist deshalb künftig vermehrt Augenmerk zu legen auf die bessere Kenntnis und systematische Weiterbildung der kroatischen Juristen im Bereich der ausländischen Rechtsordnungen, die als Vorbild für die Regelung der einzelnen privatrechtlichen Institute gedient haben. Positive Tendenzen in diesem Sinne sind bereits zu beobachten und zwar insbesondere in der Fachliteratur, in der bei der Auslegung der kroatischen Vorschriften immer häufiger auf die deutschen Kommentare der Rechtsvorschriften und der Rechtsprechung verwiesen wird. Außerdem ist zu erwarten, dass auch in der Zukunft das deutsche Recht und Rechtsdenken die Modernisierung einzelner privatrechtlicher Institute (wie z.B. Verbraucherinsolvenz, Vertrauensschutz im Immobilienverkehr, nicht akzessorische sachenrechtliche Sicherheiten) beeinflussen wird.



Dr. Andrej Maczynski
Universitätsprofessor
Jagiellonen-Universität Krakow

Einfluss des deutschen Rechtsdenkens im polnischen Privatrecht

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es trotz unbestrittener Einflüsse des deutschen Rechts auf das polnische Recht unbegründet wäre, wollte man das polnische Recht der germanischen Rechtsfamilie zurechnen, da die polnische Normierung vieler Institute des Zivilrechts durch französische Muster inspiriert ist. Ebenso unbegründet scheint meines Erachtens der Begriff einer separaten Familie der sog. postsozialistischen Rechte zu sein. Das Abgrenzungskriterium dieser Rechtsfamilie hat lediglich historischen Charakter – beruft sich auf die Tatsache, dass einige Länder des Mittel- und Osteuropas einige Jahrzehnte lang nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion abhängig waren, und nicht auf gemeinsame, für das heute in diesen Ländern geltende Recht charakteristische Merkmale.

Was Polen anbelangt, verdient die Beständigkeit der noch vor dem Krieg angenommenen Regelungen eine besondere Hervorhebung. Die Arbeiten an der Vorbereitung der Neukodifizierung des polnischen Zivilrechts sind zwar im Gange, es ist aber schwer abzusehen, wann und mit welchem Resultat diese zum Abschluß gebracht werden. Mit Bedauern muss man feststellen, dass die Antwort auf diese Frage vielmehr von Ambitionen der Politiker und der an diesen Arbeiten beteiligten Juristen als von tatsächlichem Bedarf abhängt.

Dr. Meliha Povlakic
Universitätsprofessor
Universität Sarajevo

Einfluss des deutschen Rechtsdenkens im Privatrecht von Bosnien und Herzegowina

Das Privatrecht in Bosnien und Herzegowina (weiter auch: BuH) war seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts am stärksten durch das österreichische Recht geprägt. Dies war die Folge der Tatsache, dass BuH seit dem Berliner Kongress von 1878 bis 1918 Teil der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie war. Der direkte und indirekte Einfluss des ABGB und anderer österreichischen Gesetze hielt auch zwischen den zwei Weltkriegen in BuH an. Sogar auch heute werden Rechtsregeln des ABGB angewendet (zB an Schenkungs-, Sozietät- und Leihvertrag). Darüber hinaus ist auch das neue Sachenrecht in BuH überwiegend unter dem österreichischen Einfluss. Trotz der Tatsache, dass manche angesehene Juristen deutsche Schüler waren und durchaus sich mit dem deutschen Recht befasst haben, wäre es schwierig zu behaupten, dass deutsches Rechtsdenken über die bosnisch-herzegowinische Doktrin, den bosnisch-herzegowinischen Gesetzgeber beeinflusst hat.

Seit dem Beginn des Transformationsprozesses prägte das deutsche Recht zunehmend das bosnisch-herzegowinische Privatrecht. Im Rahmen des Transformationsprozesses kam es auch in BuH zu einem Rechtstransfer, und zur Übernahme Lösungen aus den anderen Rechtssystemen, darunter auch deutscher. Ein wesentlicher Grund für das letztere ist ohne Zweifel die Unterstützung mancher Reformen durch deutsche Organisationen (bzw. Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, heute Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit – GIZ). Mit dieser Unterstützung wurden Grundbuch-, Notar-, Insolvenz-, Sachenrechtsgesetze in beiden Entitäten Bosniens und Herzegowinas (Föderation BuH und Republik Srpska) verabschiedet.

Der deutsche Einfluss ist im Grundbuch- bzw. an der Schnittstelle des Grundbuch- und Sachenrechtes festzustellen. Der Eintragungsprinzip sowie



des Prinzip des öffentlichen Glaubens bekamen einen neuen Stellenwert im bosnisch-herzegowinischem Recht. In diesem Zusammenhang wurde die Vormerkung von einem unbedeutendem Institut nach dem Maße des früher österreichisch geprägten Grundbuchrechts zu einer dinglichen Sicherung des schuldenrechtlichen Anspruchs auf die Eigentumsübertragung nach dem Maße des deutschen Rechts umgestaltet. Zusammen mit der Einführung des Notariats nach dem deutschen Modell, wurden dadurch die Grundstückstransaktionen zunehmend sicherer.

Die Reform des Sachenrechts, wie vorher bereits in der Republik Kroatien, bedeutete die Übernahme sachenrechtlicher Bestimmungen aus dem ABGB. Trotzdem gibt es punktuelle sowie umfangreichere deutsch beeinflusste Lösungen in diesem Gesetz. Dazu können das Besitzkonzept, Erwerb durch den Nichteigentümer, Wohnungseigentum und die Grundschuld gezählt werden

Anstatt einer Konstante, die über Jahrzehnte andauerte, und das ist der Einfluss des österreichischen Rechtes, kam es in dem Transformationsprozess zum Einfluss verschiedener Rechtsordnungen und sogar verschiedener rechtlichen Kreisen. Das deutsche Recht war nur ein davon. Trotzdem ist gerade dieser Einfluss positiv zu beurteilen: verschiedene Rechtsgebiete wurden synchronisiert geändert, so dass die Lösungen aus einem Guss waren und synergische Effekte entwickelten.



Dr. Dr. h.c. József Szalma
Universitätsprofessor
Universität Novi Sad

Der Einfluss der Willens- und Erklärungstheorie im serbischen Privatrecht

Obwohl das geltende Gesetz über Obligationenverhältnisse Serbiens (GO) grundsätzlich unter dem Einfluss des schweizerischen Obligationengesetzes entstanden ist, zeigt es in mehreren Normen und Rechtsinstituten den Einfluss des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, besonders auf dem Gebiet der Willensäußerung. Beim Vertragsabschluss sind die Einflüsse der deutschen zivilistischen Literatur zu erwähnen. Bemerkbar sind die Einflüsse der allgemeinen und der besonderen Theorie über die Willensgeschäfte, und auch der Regelung des BGB über Willensgeschäfte.

Diese Einflüsse sind in den Regelungen des GO bei *culpa in contrahendo* (vorvertragliche Willenserklärungen) erwähnt, beim Angebot und seinem Empfang, beim Willensmangel (wie Irrtum, Täuschung, Bedrohung, Scheingeschäfte usw.). Aber diese Theorie beeinflusste auch die Regelung des GO über die Auslegung des Rechtsgeschäftes, bzw. des Vertrags. Nach dem GO soll bei der Auslegung das Gericht den wahren gemeinsamen Willen der Vertragsparteien berücksichtigen, falls dieser nicht besteht, hat dann den Vorteil die Willensäußerung, möglicherweise mit dem objektiv bestimmbaren Inhalt der Geschäftsausdrücke.

Bei Handelsgeschäften sind die im Handel üblichen Ausdrücke maßgeblich für die Auslegung. Wie im deutschen Recht (im Bürgerlichen Gesetzbuch, BGB), dominieren bei diesen Rechtsinstituten (*negotia juridica*) die Auffassungen der Erklärungstheorie, aber mit der Beachtung des wahren Willens der Vertragsparteien. Aber bei nicht entgeltlichen Rechtsgeschäften soll man auch den innerlichen Willen (Motive) als rechtsgestaltendes Element des Rechtsgeschäftes in Betracht ziehen, und dieser soll der Auslegung des Rechtsgeschäfts zugrunde liegen.

Dr. Verica Trstenjak
Universitätsprofessor
Universität Wien
Max Planck Institut Luxemburg

Der Einfluss des deutschen Rechtsdenkens in Mitteleuropa Der Einfluss des deutschen Rechts auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU (EuGH)

(und die Bedeutung für Mitteleuropa)

Inhalt

1. Einführung	18
2. Der Einfluss des deutschen Rechts auf den EuGH.....	19
2.1. Im Besonderen über die deutsche Sprache am EuGH	19
2.2. Besonderheiten der Urteile und Schlussanträge.....	20
2.3. Vorlagefragen aus Deutschland an den EuGH	21
3. Fazit	22

1. Einführung

Das deutsche Rechtsdenken hatte schon immer einen großen Einfluss. Dies vor allem aufgrund zahlreicher – auch heute noch bekannter – deutscher Juristen, deren Werke bis in die Gegenwart Relevanz haben (z.B. Otto von Gierke, Friedrich Carl von Savigny). Darüber hinaus, hatten später indirekt auch die umfangreiche deutsche Rechtstheorie und die deutsche Gesetzgebung, z.B. das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)¹, einen außerordentlich großen Einfluss auf das Recht in Mitteleuropa. Dies gilt noch heute, besonders im Rahmen der Europäischen Union und hier vor allem in Bezug auf Staaten, die nach dem Jahr 1990 das sozialistische System sowie dessen utopisches und irreales Rechtssystem verlassen haben.

¹ Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.01.2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2014 (BGBl. I S. 1218) geändert worden ist.

Dieser Einfluss äußert sich anhand mehrerer Instrumente: zu nennen wären an dieser Stelle die deutsche Sprache, deutsche Universitäten, das deutsche Verfassungsgericht (erinnern wir uns an das Urteile Solange² oder das Urteil hinsichtlich des Vertrags von Lissabon³), die Gesetzgebung und natürlich die Veröffentlichung juristischer Artikel in deutscher, aber vor allem auch die von deutschen Professoren in englischer Sprache veröffentlichten Artikel. Außerdem tragen die internationale Vernetzung sowie die richtige politische Strategie des Staates mit dem Ziel, den Einfluss des Staates, insbesondere auch jenen des deutschen Rechtssystems, zu stärken, zu dem hohen Stellenwert des deutschen Rechts bei. Dieser Einfluss ist auch auf Europäischer Ebene, nämlich in den einzelnen Institutionen, zu spüren. In weiterer Folge wird der Einfluss des deutschen Rechts auf die Arbeit des Gerichtshofs der EU (im weiteren EuGH), besonders unter Berücksichtigung der Statistiken des EuGH, dargestellt.

2. Der Einfluss des deutschen Rechts auf den EuGH

Das deutsche Rechtsdenken kann mittels verschiedener Faktoren Einfluss auf den EuGH nehmen. Zu nennen wären z.B. die Sprache, die deutsche Theorie, der persönliche Einfluss (vor allem den der deutsche Richter und des deutschen Generalanwalts) und deutsche Gerichte, indem sie Fragen zur Vorabentscheidung an den EuGH einbringen.

2.1. Im Besonderen über die deutsche Sprache am EuGH

Arbeitssprache am EuGH ist Französisch. Das bedeutet, dass Deutsch von den Mitgliedern des EuGH in der Regel nicht als Arbeitssprache verwendet wird und auch von den Angestellten nicht gebraucht wird. In der Europäischen Union gibt es jedoch 24 Amtssprachen, wie dies Art. 24 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bestimmt⁴. Daher werden Fragen zur Vorabentscheidung von deutschen Gerichten in deutscher Sprache eingebracht, Vertragsverletzungsklagen nach Art. 258 oder 260 AEUV gegen Deutschland auf Deutsch erhoben; und Nichtigkeitsklagen, die von Deutschland oder einer deutschen natürlichen oder juristischen Person (wenn

² Solange I Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts v 29.5.1974, BvL 52/71 (BVerfGE 37, 271);

Solange II Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts v 22.10.1986, 2 BvR 197/83 (BVerfGE 73, 339).

³ Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts v 30.6.2009, 2 BvE 2/08 (BVerfGE 123, 267).

⁴ Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedischer, Slowakisch, Slowenisch, Spanischer, Tschechisch und Ungarisch.

dies erlaubt ist) eingebracht werden, können in deutscher Sprache verfasst sein. Ähnliches gilt für die Rechtsmittel.

Deutsche Gerichte sind beim Einbringen von Fragen zur Vorabentscheidung sehr aktiv, sodass in den Jahren 2000-2014 gar 21,5 % aller Fragen zur Vorabentscheidung aus Deutschland kamen⁵. Aber auch sonst lässt sich aus inoffiziellen Statistiken herauslesen, dass die deutsche Sprache Amtssprache in 22 % der Verhandlungen ist⁶, was unter allen Mitgliedstaaten den Spitzenwert darstellt. Die deutsche Sprache wird am häufigsten (neben der Arbeitssprache französisch) für das Verfassen von Schlussanträgen der Generalanwälte gebraucht⁷. Neben den deutschen Generalanwälten wurde die deutsche Sprache noch von der österreichischen Generalanwältin Christine Stix-Hackl (2000-2006) und der slowenischen Generalanwältin Verica Trstenjak (2006-2012) benutzt.

Der EuGH stellt noch immer die Übersetzung in alle 24 Amtssprachen der Europäischen Union sicher. Dies gilt für schriftliche Übersetzungen von Urteilen und Schlussanträgen, aber auch für das mündliche Dolmetschen während der Verhandlungen. Für die Übersetzungsarbeit ergeben sich anhand der 24 Amtssprachen 552 mögliche Sprachkombinationen, aufgrund der Sonderstellung des Irischen reduziert sich die Zahl der Amtssprachen in der Praxis jedoch auf 23 und damit auf 506 Kombinationen⁸.

2.2. Besonderheiten der Urteile und Schlussanträge

Wie bereits erwähnt werden alle Urteile, wie auch die Schlussanträge, in alle Amtssprachen übersetzt. Die Urteile des EuGH sind an das französische Rechtssystem angelehnt, sind also kurz, ohne rechtsvergleichende Analyse und ohne Theorieverweise. Anders sieht es bei den Schlussanträgen aus, in denen das Zitieren von Theorie und von rechtsvergleichender Analyse möglich ist. Das wiederum bedeutet, dass auch die deutsche Theorie oft zitiert wird. Dies gilt besonders für Generalanwälte aus Deutschland (Juliane Kokott) oder jene, die in Deutschland studiert haben oder anders mit Deutschland verbunden sind (z.B. Verica Trstenjak, Pedro Cruz Villalón).

⁵ Siehe Jahresbericht des EuGH 2013, Seite 108.

⁶ Die erwähnte inoffizielle Statistik umfasste den Zeitraum 2013/2014. Ich bedanke mich hier auch bei Herrn Mathias Gläser, dem Leiter des Referats Deutsche Übersetzung am EuGH, der die Statistik erstellt hat.

⁷ Laut einer inoffiziellen Statistik von Herrn Mathias Gläser, dem Leiter des Referats Deutsche Übersetzung am EuGH wurden im Jahr 2013 von insgesamt 228 Schlussanträgen 38 in deutscher Sprache verfasst (im Jahr 2012 waren es 40 von insgesamt 202 und im Jahr 2011 waren es 54 von insgesamt 212 Schlussanträgen).

⁸ Vgl Sprachen und Dolmetschen beim Gerichtshof der Europäischen Union in Luxembourg (2013).

2.3 Vorlagefragen aus Deutschland an den EuGH

Im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens entscheidet der EuGH nach dem Artikel 267 AEUV über die Auslegung von europäischen Primär- und Sekundärrecht, sowie über die Geltung des Sekundärrechts. Die Urteile des EuGH in diesem Verfahren sind äußerst wichtig, da die Rechtsauslegung für alle Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich ist. Wie bereits erwähnt, sind die deutschen Gerichte unter den Aktivsten, was das Einbringen von Vorlageersuchen betrifft. So wurden 97 der insgesamt 450 Fragen zur Vorabentscheidung im Jahr 2013 von deutschen Gerichten eingebracht.

Als Beispiel soll hier die Rechtssache *Messner*⁹ genannt werden, in der der EuGH über die Auslegung der Richtlinie 97/7 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz¹⁰ entschieden hat. Die Frage bezog sich auf das Recht des Verkäufers Wertersatz für den Gebrauch einer Sache zu verlangen, wenn der Verbraucher den Kaufvertrag fristgerecht widerrufen hat. In diesem Urteil entschied der EuGH erstens, dass die auszulegende Richtlinie dem nationalen (also deutschen) Recht, welches solchen Wertersatz generell vorsieht, widerspricht. Jedoch sprach der EuGH zweitens aus, dass diese Richtlinie nicht einer Verpflichtung des Verbrauchers entgegensteht, für die Benutzung der Ware Wertersatz zu leisten, wenn er diese Ware auf eine mit den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts (zB Treu und Glauben, ungerechtfertigten Bereicherung) unvereinbare Art und Weise benutzt hat. Dieses Urteil hatte einen großen Einfluss auf die folgende Entwicklung des Fernabsatzrechts. So beinhaltet die neue Verbraucherrechterichtlinie 2011/83¹¹ in Art. 14 Abs. 2 die Bestimmung, dass „Der Verbraucher [nur] für einen etwaigen Wertverlust der Waren [haftet], wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit den Waren zurückzuführen ist.“ Dies bedeutet, dass die deutsche Vorlagefrage mittelbar zur Klärung dieser Frage auf Unionsebene beigetragen hat.

Natürlich gibt es eine Fülle solcher Beispiele. Dies zeigt, dass Fragen zur Vorabentscheidung nicht nur bedeutend für die Mitgliedstaaten, in diesem Fall Deutschland, sind, sondern Auswirkungen für die gesamte EU haben.

⁹ EuGH 3.9.2009, C-489/07, *Messner*.

¹⁰ Richtlinie v 20.5.1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz, Abl L 1997/144, 19.

¹¹ Richtlinie 2011/83/EU v 25.10.2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG und der Richtlinie 1999/44/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG und der Richtlinie 97/7/EG, ABI L 2011/304, 64.



3. Fazit

Ich möchte hervorheben, dass die deutsche Theorie, die in Europa als sehr genau und umfangreich bekannt ist, äußerst wichtig für die Entwicklung des Unionsrechts, aber auch für die Entwicklung des Rechts in den einzelnen Mitgliedstaaten, ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das deutsche Rechtssystem auch am EuGH eine wichtige Rolle spielt, welche ich anhand mehrerer oben erörterter Faktoren aufgezeigt habe.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten – mögen sie noch so logisch und systematisch, wie das deutsche Recht aufgebaut sein – nie völlig gleich sein werden. Folglich können wir Juristen auch niemals einen solch großen, über die Staatsgrenzen hinausgehenden Einfluss haben, wie ihn zB Albert Einstein hatte; denn die Relativitätstheorie ist überall gleich.

Dr. Dr. h.c. mult. Lajos Vékás
Universitätsprofessor
Ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
„Eötvös Loránd“ Universität Budapest

Über den Einfluss des deutschen Privatrechts auf die ungarische Kodifikation

I. Historische Einführung

Der früher überwiegende Einfluss des österreichischen ABGB auf die ungarische Privatrechtsentwicklung ist zunächst im Vertragsrecht erloschen. Der Grund dafür lag vor allem darin, dass Ungarn 1875 ein Handelsgesetz geschaffen hat, dessen Vorlage das deutsche ADHGB (1861) war. Das ungarische HGB diente auch dem nicht kodifizierten Privatrecht, insbesondere auf dem Gebiet des Vertragsrechts, lange Zeit als Hauptquelle. Im Zuge der Kodifikationsarbeiten im letzten Drittel des 19-ten Jahrhunderts war aber das damals nagelneue deutsche *BGB nur ein ausländisches Model* von vielen, welchem Beachtung geschenkt wurde. Wie es in den ausführlichen Protokollen dokumentiert ist, hatten die Kodifikationsausschüsse die Entwürfe auf eine beeindruckende rechtsvergleichende Basis aufgebaut. Neben den beiden großen, vom Naturrecht beeinflussten Gesetzbüchern des beginnenden 19. Jahrhunderts (dem Code civil und dem ABGB) sowie dem BGB wurden auch das sächsische ZGB, das Zürcher ZGB, der Dresdner BGB-Entwurf, der bayerische BGB-Entwurf und schließlich auch das schweizerische OR aufgearbeitet.

II. Drei Beispiele für das Verhältnis des 2014 in Kraft getretenen ungarischen Gesetzbuches zum BGB und dem deutschen Privatrecht

1. Das neue ungarische Gesetzbuch enthält *keinen Allgemeinen Teil* im Sinne des deutschen BGB. Die imponierende Abstraktheit dieser Lösung ist für den Gesetzgeber in Ungarn immer fremd geblieben. Bereits im allerersten umfangreichen Entwurf von 1900, der sonst unter dem starken Einfluss des BGB stand, hat man einen Allgemeinen Teil mit der Begründung abgelehnt, dieser mache die Struktur des Gesetzbuches unnötig kompliziert. Es wurde schon damals betont, dass diejenigen einseitigen Rechtsgeschäfte, die in der

Praxis eine wichtige Rolle spielen, wie etwa die letztwilligen Verfügungen, ohnehin mit eigenständigen Normen geregelt werden sollten.

2. Die *Verletzung von Persönlichkeitsrechten* kann mitunter als Quelle für vermögensrechtliche Vorteile dienen, so dass die durch die Rechtsverletzung entstandene Verschiebung der Vermögensverhältnisse rückgängig gemacht werden muss. In den Fällen, in denen dem Schädiger ein Vermögensvorteil zu Lasten der verletzten Person entstanden ist, ist der *Entzug der Bereicherung* zu Gunsten der geschädigten Person recht und billig. Im neuen ungarischen Gesetzbuch wird dazu eine objektiv konzipierte neue Sanktion eingeführt. Demnach kann die verletzte Person die Überlassung des durch die Persönlichkeitsverletzung entstandenen Vermögensvorteils verlangen. Diese Lösung wurde zuerst im deutschen Schrifttum vorgeschlagen.

3. Bekanntlich überlassen die *Richtlinien* der EU den Mitgliedstaaten die Art und Weise der Umsetzung in das jeweilige Rechtssystem. Im Rahmen und mit Hilfe dieser Freiheit soll die Kohärenz des jeweiligen mitgliedstaatlichen Rechtssystems bewahrt werden. Die Frage des Umsetzungsmodus hat einen inhaltlichen und einen eher redaktionellen Gesichtspunkt. Was den zweiten Aspekt betrifft, ist die bisherige Umsetzungspraxis der verbrauchervertragsrechtlichen Richtlinien praktisch *drei Modellen* gefolgt. Die Richtlinien wurden entweder in Einzelgesetzen oder in einem speziellen Verbraucherschutzgesetz oder aber durch Integration in das bürgerliche Gesetzbuch umgesetzt. Deutschland hat als bisher einziger Mitgliedstaat mit dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz von 2001 den letzten, anspruchsvollen aber schwierigen Weg eingeschlagen. Diese Methode hat aber m. E. den Kodex strukturell sehr belastet und das klassische Gesetzbuch den teils willkürlichen Änderungen in Brüssel ausgeliefert. Deshalb hat der ungarische Kodex eine Mischlösung gewählt. Demensprechend sind aus dem europäischen Verbraucherrichtlinienrecht nur die „*kodifikationsreifen*“ *Kernelemente* – und zwar thematisch – in das Zivilgesetzbuch integriert, das übrige Material für das Verbraucherschutzgesetz gelassen worden. Der ungarische Gesetzgeber hat damit in dem neuen Zivilgesetzbuch die Bewahrung der Kodifikationsidee vor dem Transparenzgebot bevorzugt.



Dr. Dr. h.c. mult. Rudolf Welser
em. ord. Universitätsprofessor

*Leiter der Forschungsstelle für Europäische Rechtsentwicklung und
Privatrechtsreform der Universität Wien*

Der Einfluss des deutschen Rechtsdenkens auf das österreichische Privatrecht

Die deutsche und die österreichische Rechtswissenschaft sind in Theorie und Praxis eng miteinander **verknüpft**, was auf der gemeinsamen **Vergangenheit**, vom römischen Recht über die mittelalterlichen Rechte hin zum gemeinen Recht beruht. Die wissenschaftliche Bearbeitung des römischen und gemeinen Rechts, wie es durch die Glossatoren, die Postglossatoren, die Kommentatoren, die Konziliatoren, den *usus modernus pandectarum* und die Pandektistik erfolgte, sorgte für weitere Gemeinsamkeiten.

Der geistesgeschichtliche Zusammenhang war also stets gegeben. Die beiden maßgebenden Privatrechtskodifikationen, nämlich das **ABGB** und das **BGB**, liegen nicht nur 100 Jahre auseinander, sondern folgen auch recht verschiedenen **Geisteshaltungen**. Dennoch war eine Wechselwirkung immer gegeben, bei welcher die deutsche Dogmatik und Methode zweifellos dominierte und die in der **Pandektistik**, wie sie von *Windscheid*, *Dernburg* und *Glück* betrieben worden ist, einen Höhepunkt fand. Das deutsche BGB, das durch Logik und wissenschaftliche Durchdringung gekennzeichnet war, hat das österreichische Privatrecht wesentlich **beeinflusst** und zu interpretativen und gesetzlichen Änderungen unserer Kodifikation geführt.

Dabei spielte auch eine Rolle, dass die Vorschriften des **ABGB** einen solchen Einfluss leicht zuließen, weil sie im Gegensatz zum BGB **großzügig** und **nicht kasuistisch** gestaltet sind. Man sprach vom „weiten Haus des ABGB“, das viel mehr Platz für die Auslegung böten als die engeren Räume des BGB. Und schließlich wurden, besonders begünstigt durch den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, gewisse **Gesetze** oder Einzelbestimmungen direkt in das österreichische Recht **übernommen**, wo sie vielfach auch nach dem Krieg weitergalten. Deutsches und österreichisches Recht gehören also zusammen.